

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Die bei Abgabe einzelner Nummern
erhaltenen Exemplare sind
verbindlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Preise an Wochentagen bis
5 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

In der Filiale für Inf. Ausgabe:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
David Böhm, Rathhausstr. 18, s.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 381.

Dienstag den 21. December 1880.

Auflage 16,400.

Abonnementpreis Viertel 4 1/2 M.,
incl. Fringerlohn 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter:
ohne Postbeförderung 20 Pf.,
mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserte 50 Pf. Zeilen 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsschild
die Hälfte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Verheirathung der zum Nachlaß der Frau Rittmeister Cordes in Böhlig-Grenberg gehörigen
Wangen, Blumen, Zopfswäsche, eventuell der Baumschule, findet bei geeigneter Witterung
Mittwoch, den 22. d. M., von Vormittags 11 Uhr ab
am Ort und Stelle im Nachlaßgrundstücke zu Böhlig-Grenberg statt.
Leipzig, 17. December 1880.
Königliches Amtsgericht Abtheilung V.
Rannfeld.

Die Magyaren und die österreichisch- ungarische Armee.

Wir haben vor Kurzem die Ruedung des
Deutschthums in Ungarn dem allgemein poli-
tischen Standpunkt behandelt. Es mag uns heute
gestatten sein, diese traurige Thätigkeit der magya-
rischen Chauvinisten unter Bezugnahme auf die
Armeeverhältnisse der Monarchie näher darzu-
legen. Da die Deutschen in dem bisherigen
Stille betreiben, nicht mehr als völlig gefahrlos
gelten, hat die extreme Nationalpartei sich im
Augenblick als vornehmste Object ihrer Agita-
tionen die I. I. Armee auserwählt.

Von symptomatischer Bedeutung ist ein Fall,
der sich vor einigen Wochen in Klausenburg
ereignet hat, die magyarische Presse und die
Reichstags-Parteien in wilder Aufregung erhält
und die hohe Spannung der Gegensätze grell be-
leuchtet. Der Redacteur eines oppositionellen
Blattes greift, wie bekannt, einen Officier der
Klausenburger Garnison in der pöbelhaftesten Weise
an; dieser sendet zwei Officiere als Exzellenzträger
zu dem Redacteur, Namens Bartha; letzterer
verweigert die Satisfaction und weist den beiden
Officiere die Thüre; damit nicht genug, er ver-
fleumt auch den Vorgang in der nächsten
Nummer seines Blattes und erwähnt, daß er den
Officiere die Thüre gewiesen. Nach dieser öffent-
lichen Beschimpfung begeben sich die Officiere in
das Redactionsbureau; es kommt zu einem Wort-
wechsel und der Redacteur trägt einige nicht
lebensgefährliche Schlägen davon. Die Selbst-
hilfe der Officiere ist gewiß nicht zu entbehren,
aber als Willkürthaten kommen in Betracht,
daß die Officiere von den magyarischen Behörden
keinen Schutz gegen den ihnen angethanen Schimpf
gefunden haben würden und daß sie in der größ-
lichsten Weise herausgefordert worden waren.

Und was thun die Magyaren? Sie deuten
diesem Fall zu den tollsten Agitationen gegen die
I. I. Armee aus. In Versammlungen und in der
magyarischen Presse ergeht sich eine Fluth von
Beschimpfungen über die ganze Armee, wie sie
ein anderes Heer der Welt nicht ertragen würde.
Magyarische Blätter, wie der „Elszóló“ und
„Közértesítő“, nennen die Officiere der Armee
wörtlich „Canibalen“, „Bonitäten“ und „Recht-
verleumdung“, „von unserm Blut sich
mächtige Sippen“, „nichthaltbare fliehende Heiden“,
„gemeine auf den Straßen Wiens zusammen-
geklaubte Trübsal“, „von untern Knochen und
unserm Blute schwarzenbe, harthörige Schurken“,
„Fehlgehirne“, „Schwarzbrünette Henker“ und dgl.

Das ungarische Byron ist reich an solchen
Schmeichelnamen! Der Bicegpan des Klausen-
burger Comitates, ein hoher ungarischer Verwal-
tungsbeamter, erklärt auf dem öffentlichen Markte,
daß das I. I. Officierscorps keiner Schonung
würdig sei und ein ungarischer Reichstags-Abge-
ordneter, Namens Gabriel Myron, eilt von Pest
zu dem Standorte nach Klausenburg, um hier auf-
reizende Schmähschriften gegen die österreichische
Armee zu halten. Vor einem wüthen Volkshäufen,
der „Nieder mit den Deserteuren!“ brüllte,
donnerte der Abgeordnete Myron auf dem Klausen-
burger Hauptplatze gegen „die selbe Kaiser-
reichliche Brutalität“ und karanguirte die
Wenge mit folgenden Reminiscenzen: „Erinnern
Sie sich daran, daß Ihre freibeitliebenden Ahnen
es waren, welche die freche österreichische Schaar
bis nach Wien-Kreuzstadt trieben unter einem so
gemalten Führer, wie Gabriel Bethlen; erinnern
Sie sich, daß Sie und Ihre Väter und Väter dem
die Schmach, Schaar aus den Grenzen dieses Landes
vertrieben, hinausgejagt haben.“ Das war
ungarisch gesprochen!

Inbegriff der Magyarenschaft verstieg sich noch höher
hinan. Derselbe Myron war der Hauptredner
in einer am 15. November in Klausenburg ab-
gehaltenen Volksversammlung, in welcher er die
Widmung einer selbstständigen magyarischen
Armee forderte. „Wenn — sagte er — eine be-
sondere ungarische Armee organisiert sein wird,
werden wir Gelegenheit haben, uns von den auf
den Gassen Wiens zusammengelaufenen Individuen
zu befreien (Rufe: Tod ihnen!), welche die Waffen
der Nation, das Säbel-Portepéc zu der Nation,
zu des Königs Schande tragen; nur dann werden
wir in der Lage sein, jener Individuen frei zu
werden, die schon seit einem Jahrhundert nicht
mehr im Stande waren, die Krone zu schützen
und das Reichsgebiet zu erhalten, sondern immer

von eingelassen sind.“ Und die Dreistigkeit ging
so weit, daß dieser Myron sich in eine Deputation
wählen ließ, welche dem Kaiser Franz Josef eine
von dieser Volksversammlung beschlossene Adresse
überreichen sollte; derselbe, der den obersten Kriegs-
herrn der Monarchie in der Armee beleidigte, tritt
ihm sans gêne unter die Augen. Und all diese
Beschimpfungen gehen strasslos aus; die Arme
kann auf Genußnahme nicht rechnen. So steht
es im gelobten Ungarnlande!

In Wort und Bild, in der Presse und auf der
Tribüne der Magyaren wird für die Trennung
der allein noch einheitlich gebliebenen öster-
reichisch-ungarischen Armee und für die Errichtung
eines selbstständigen magyarischen Heeres mit magya-
rischer Commandosprache agitirt. Und ein je-
disches Blatt, die „Közlöny“, reicht ver-
ständnisvoll die Hand nach Magyaren herüber
und verlangt die Zergliederung der Arme nach
Nationalitäten, also auch ein besonderes czechi-
sches Heer neben dem magyarischen. So hoch
versteigt sich heute der Ueberwitz des Nationali-
tätenbunteis dem Deutschthum gegenüber in der
österreichisch-ungarischen Monarchie!

Politische Uebersicht.

Leipzig, 20. December.

Man schreibt uns aus Berlin vom Sonntag:
„Die Abgeordneten hatten größtentheils schon am
Freitag Berlin verlassen, so daß das Haus bei der
gestrigen Schlußsitzung vor der Vertagung offen-
bar beschlußunfähig war. Mit besonders angeneh-
men Empfindungen dürften unsere Volkswähler
kaum auf den bisherigen Verlauf der Session zu-
rückblicken. Weder ist etwas Ersprießliches bereits
geleistet worden, noch ist die Aussicht vorhanden,
daß die nächsten Wochen in dieser Beziehung ein
erfreulicheres Bild darbieten werden. Ueber Eines
heißt schon jetzt allseitig Bewußtheit, daß näm-
lich diejenigen Entwürfe, welche der gegenwärtigen
Session ihre Signatur zu geben bestimmt waren, die
Rechtsordnungen für Polen, Schlesien, Ostpreußen
und Hannover, unerledigt bleiben werden, theils wegen der
beschränkten Zeit, namentlich aber wegen des positiven
Widerstandes, welchen die Abgeordneten aus den ge-
nannten Provinzen den Beglückwünschungen des
Hofes Eulenburg entgegensetzten. Unter solchen
Umständen ist an eine Nachsession, die ansäng-
lich mehrfach in Erwägung genommen war, nicht zu
denken. Vertranliche Umfragen, die auf den Wi-
nister des Innern zurückzuführen sind, haben bei
fast allen Fractionen das Resultat ergeben, daß
die Vorlagen, wie sie jetzt sich darbieten, weder in
einer Nachsession, noch überhaupt jemals Aussicht
auf Annahme hätten. In dieser Beziehung ist
namentlich die Stimmung des Centrums von Be-
deutung. Der Abg. Winterhagen, so geneigt er auch sein
mag, mit seinen conservativen Freunden ein politi-
sches Tauschgeschäft zug um zug abzuschließen ist,
doch andererseits bekannt genug, um die Herr-
schaft der Bureaucratie nicht unnothigermassen zu
verstärken. Und daß die gegenwärtig vorliegenden
jogenannten Selbstverwaltungsentwürfe keine an-
dere als die bezeichnete Tendenz haben, das ist es
gerade, was sie so unersetzlich von den bisherigen
Leistungen des Grafen Eulenburg II. abheben läßt.
Ein Gericht gilt dem Competenzgesetz, dessen end-
liches Schicksal denn auch nicht minder ungewiß
ist. Wird auch dieser Entwurf, wie leicht möglich,
mit Anstand begangen, dann dürfte die laufende
Session zu den unfruchtbaren gehören, die je zu
verzeichnen gewesen. Denn die Komödie des Steuer-
erlasses mit oder ohne Anhängel von Verwen-
dungs- und anderen inhaltlosen Zukunftsgehehen
wird nicht einmal von der Rechten, die sonst in
dieser Beziehung recht beheliden ist, als „positiver“
That ausgegeben werden.“

Von einem höheren preussischen Staatsbeamten
a. D., welcher sich selber zur gemäßigten liberalen
Partei rühmt, erhalten wir eine Zuschrift, der
wir folgendes entnehmen: „Die Staatsregierung
sicht ohne Zweifel mit Besorgnis den kommenden
Reichstagsarbeiten entgegen, und zwar ist es nicht
blos die erhöhte Oppositionstimmung, die ihr zu
denken giebt, sondern namentlich die Selbstschät-
lichkeit in den Reihen ihrer eigenen Gesells-
schaft. Man fürchtet turbulente Vorgänge
in der Wahl-Campagne und sucht schon
jetzt nach Mitteln, um allen Eventualitäten
begegnen zu können. Eine directe Beschränkung
der Wahlfreiheit ist nicht möglich, weil gesetzlich
unzulässig; aber so unglücklich es klingt, wird von

conservativer Seite versichert, daß es sich nicht
etwa um verschärftedredes an die ausübenden
Polizeiorgane handeln werde, sondern geradezu
um die Ausdehnung des Ausnahmegesetzes auf
die Oppositionsparteien im Allgemeinen! Welchen
Nutzen eine solche Maßregel in den großen Städten,
namentlich in Berlin, schaffen soll, ist nicht recht
ersichtlich. Von jener Seite wird behauptet, so
gut wie die Liberalen aller Schattirungen bisher
nur durch ihren Parteiterrorismus die Massen
beherrscht hätten, ebensoviele würde dies mit sanfter
Nachhilfe von gewissen Stellen her auch den
„Ordnungsparteien“ gelingen, wofür die Folge
der Ehrlich-Socialen das beste Beispiel lieferten.
Man braucht geeigneten Ditts und zu geeigneter
Zeit einen Vorwand, um die Anwendung weiterer
Ausnahmegesetze zu beschleunigen.“

Herr von Büttner erntet wenig Dank
von seiner wohlwollenden Haltung der Centrum-
partei gegenüber. Einzelne Aeußerungen der
ultramontanen Presse gewähren einen interessanten
Einblick in die augenblicklich im römischen Lager
herrschende Stimmung, sie zeigen leider, daß sich
die preussische Regierung mit ihrer Erwartung,
die Centrumpartei werde sich durch die Ein-
bringung ihres entgegenkommenden Beschlusses
auf die Bahn der Versöhnlichkeit bringen und zur
Herabminderung ihrer Ansprüche bewegen lassen,
gänzlich verrechnet hat. Das „Schwarze Blatt“
sagt z. B. in seiner Nummer vom 10. December:
„Wenn die Regierung ernstlich gewollt hätte, so wäre
der „Culturkampf“ längst beendet, und zwar in allen
Ehren für beide Parteien. Der Papst hätte gern das
Möglichste gethan, um der Regierung jeden Schein
eines Ganges nach Canosa zu ersparen. Aber man
bricht die Friedensverhandlungen aus Gründen klein-
licher Parteipolitik ab, bringt ein Gesetz ein, das
durchaus unangenehm ist, sucht das Centrum ins Un-
recht zu setzen und läßt die verderblichen Folgen des
Kampfes — zu Gunsten des „liberalen“ — fort-
wirken. Entweder Fortsetzung des Kampfes aus
Messer, oder ein solider Friede!“

Man ist also ultramontanerlei, anstatt der
Regierung für ihre friedfertigen Entlassungen dank-
bar zu sein, durch deren Entlassungen nur
noch übermäßiger und hartnäckiger geworden;
man erklärt, der „schwarzen Halbheit“, wie
man die Versöhnlichkeit der Regierung titulirt,
selbst die „Fortsetzung des Kampfes aus
Messer“ vorzuziehen.

Die viel erwähnten Minister-Con-
ferenzen sollen in Berlin Mitte Januar ihren
Anfang nehmen; es heißt, Fürst Bismarck werde
erst zu dieser Zeit nach Berlin zurückkehren. Bis
vor Kurzem hieß es, der Fürst treffe bereits heute
ein und wolle mit seiner Familie das Weihnachts-
fest in Berlin verleben. Der Posthaster Graf
Dagfeldt, dessen Eintreffen noch heute erwartet
wird, soll beabsichtigen, sich unverzüglich nach seiner
Kunst nach Friedrichruh zu begeben.

Die offizielle Wiener „Montagsrevue“ bespricht
die Note der Pforte vom 14. ds. und meint,
daß dieselbe neuerdings eine wohlwollendere und
billigere Transaktion einschließe, welche sich selbst-
verständlich unter Berücksichtigung des europäischen
Concerts und auf Grundlage der Beschlüsse der
Berliner Conferenz vollziehen müßte. Angesichts
der Schwierigkeiten, welche sich der Verwirk-
lichung des Gedankens eines europäischen
Schiedsgerichts entgegenstellten, sei es nicht
ganz unwahrscheinlich, daß Europa — vorzuziehen
werde, die Contraverse in das zwar lang-
samere, aber gefahrlosere Gefälle der
freien diplomatischen Erörterung zurückzulassen.
Die „Agence Ruffe“ bezeichnet die praktische Un-
führbarkeit des französischen Planes eines Schieds-
gerichts zwischen Griechenland und der Türkei
und weist darauf hin, daß die Vorbereitungen
Griechenlands, wie vor Kurzem diejenigen Roum-
eniens, auf eine Ausführung der von Europa ge-
troffenen Entscheidung abzielen.

Die Kriegsthat in Athen hält vor. Der
griechische Ministerpräsident, Kumunduros, soll
den zum Abwarten mahnenden Diplomaten un-
gefähr folgendes erwidert haben: „Griechenland
könne warten bis zum kommenden Frühjahr, ja
noch länger, wenn die Mächte sich nach Ablauf
einer der Pforte bestimmten Frist zu thätigem
Eingreifen, zu thätiger Hilfe verpflichten wollten.
Wenn aber die Mächte in dieser Richtung Nichts
thun könnten oder wollten, warum können sie jetzt,
nachdem sie durch ihre Rathschläge die für Griechen-
land so überaus schwierige Stellung geschaffen
hätten, und reichen ihm wiederum, die Verwirk-
lichung seiner Hoffnungen zu vertagen? Das
Nationalgefühl erlaube keine Vertagung der
Frage auf längere Zeit.“ Es ist etwas Wahres an
der Behauptung des griechischen Ministers, daß
die Mächte durch ihre Rathschläge die für Griechen-
land so schwierige Stellung geschaffen hätten.
Sie haben wenigstens durch den Berliner Congreß

und die Konferenz Griechenland unbestimmte
Hoffnungen auf Erweiterung seiner Grenzen
eröffnet.

Bei der Verathung des Budgets des Ministeriums
des Auswärtigen in der italienischen Kammer
erklärte der Ministerpräsident Cairoli in Beant-
wortung mehrerer Anfragen, die auswärtige Politik
des Ministeriums sei stets eine den Interessen und
der Würde der Nation, sowie den Wünschen des
Parlaments conforme gewesen; an der Ausführung
des Berliner Vertrages habe sich die Regierung
betheiligen müssen. Der Ministerpräsident berück-
sichtige hierauf die montenegrinische Frage und sprach
dem englischen Premier Gladstone seine Anerkennung
aus für die von demselben in der Aufrecht-
erhaltung des Einvernehmens der Großmächte be-
wiesene große Energie, sowie für die erfolgreiche
Flottendemonstration. Gleichwohl gebe er sich
keinen Illusionen hin, die Möglichkeit von Zwischen-
fällen sei noch nicht ausgeschlossen, er hoffe
jedoch das Einvernehmen der Mächte sich fern-
bewahren zu sehen. Was Italien anbelange, so
werde dasselbe niemals die traditionellen Bande
der Anhänglichkeit an Griechenland vergeffen.
Hinsichtlich der Lösung der griechischen Grenz-
frage, deren verschiedene Phasen der Minister-
tary in Erinnerung brachte, sei bisher der Vor-
schlag zu einem Schiedsgericht nicht gemacht worden,
indem könnte dieser Fall nicht eintreten. Nachdem
der Minister hierauf sich noch über die Arbeiten
der Donacommission und die Lage des italienischen
Handels in Bosnien ausgelassen, empfing derselbe
für seine Mittheilungen den Dank der Inter-
pellanten.

Die Untersuchungen, welche sich an das Atten-
tat auf den rumänischen Minister-Präsidenten
Brattiano knüpfen, führen merkwürdige Resul-
tate zu Tage. Man entdeckt die Fäden einer Ver-
schwörung, in welche der Redacteur eines opposi-
tionellen Blattes, dann ein Pole, ein ehemaliger
Diplomater und sogar ein hervorragender Senator
beizwidelt sein sollen. Mit Ausnahme des Letzteren,
zu dessen Verhaftung der Senat seine Zustimmung
geben muß, sind die obenbenannten Individuen
sämmlich bereits festgenommen. Der erwähnte
Senator ist als leidenschaftlicher Parteigänger
Ruglands bekannt.

Nach einer Depesche aus Petersburg be-
tragen laut des Budgets von 1879 die durch den
letzten Feldzug verursachten außerordentlichen
Ausgaben von 1876 bis 1879 über 1 Milliarde
und 20 Millionen. Die Tele-Expedition ersor-
derte im Jahre 1879 mehr als 4 Millionen außer-
ordentlicher Ausgaben. — Die Geographische Ge-
sellschaft in St. Petersburg bereitet für den An-
fangs Januar zurückkehrenden Afenerreisenden
Przewalsky einen festlichen Empfang vor. Sie
beschloß, ihm von Orenburg aus einen besonderen
Waggon zu offeriren, und wählte ihn durch Decla-
mation zu ihrem Ehrenmitglied. — Die am Frei-
tag in Moskau arretirten Studenten sind sämt-
lich bis auf sechs wieder in Freiheit gesetzt worden.
Die Freilassung erfolgte auf Verwendung des
Rectors.

Vor der parlamentarischen Commission in Paris
vernommen, erklärte Mac Mahon, Eisse
habe alles Lob verdient sowohl als Soldat wie
als Minister. Eisse mußte sich nicht wegen
Madame Kaulla oder wegen des Obersten Houng,
sondern wegen eines Conflictes mit der Budget-
Commission zurückziehen, wurde jedoch gebeten,
das Portefeuille zu behalten, bis ein neuer Kriegs-
minister gefunden sein werde. Viele andere citirte
Zeugen protestirten gegen ihre Entlassung auf
bloße Gerüchte hin. — Pariser Depeschen aus
Tunis melden, daß in der muslimanischen Welt
eine sehr große Erregung der Gemüther herrsche,
die sich namentlich gegen Frankreich in so fern
geltend mache, als sich die Sühnung auch nach
Algerien erstreckt. Die französische Regierung
habe auch bereits militärische Maßregeln, vor-
nehmlich gegen die tunesischen Grenzen, getroffen.
Man glaubt, daß Kheddin die Seele dieser Be-
wegung sei, da er auf die Nachfolge des alter-
schwachen und kranken Bey von Tunis rechne.
Auch verfolgt man gleichzeitig das Auftreten
Italiens in Tunis mit Mißtrauen.

Der König von Italien wird demnächst
Sicilien bereisen. Das Geschwader, welches die
Königlichen an Bord zu nehmen bestimmt ist,
wird aus vier Schiffen bestehen und vom Marine-
minister persönlich commandirt werden. Ihre
Königlichen werden außerdem noch vom Minister-
Präsidenten und einem anderen Minister und
ihrem militärischen und Civil-Staffe begleitet
sein. Im nächsten Frühjahr dann wird das
Königpaar auch die Insel Sardinien mit
seinem Besuche besuchen.

Nach einer Depesche aus Madrid ist der Friede
auf Cuba officiell proclamirt worden. Eine
identifische Illustration erhält diese Nachricht